

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 85 (1991)
Heft: 7-8

Artikel: Nicaragua - ein Jahr nach dem Regierungswechsel
Autor: Häberle, Brigitte
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicaragua – ein Jahr nach dem Regierungswechsel

Das Schweizerische ArbeiterInnenhilfswerk SAH engagiert sich seit 1980 in Nicaragua. Es arbeitet nicht nur mit staatlichen Institutionen, sondern auch mit Gewerkschaften und privaten Organisationen zusammen. Schwerpunkte bilden die Förderung der Landwirtschaft und der Trinkwasserversorgung sowie die Stärkung von Gewerkschaften und Basisorganisationen. Ausbildung und Organisationsentwicklung sowie der Einbezug der Frauen spielen in allen Projekten eine zentrale Rolle. Der Regierungswechsel im April des letzten Jahres stellte das SAH vor die Frage, ob und wie es seine Entwicklungszusammenarbeit in Nicaragua weiterführen könnte. Dazu hat uns Brigitte Häberle, Verantwortliche des SAH für Zentralamerika, diesen persönlichen Bericht geschrieben.

Red.

Eine Reise mit gemischten Gefühlen

Meine vorletzte Reise nach Nicaragua fiel in die Zeit zwischen den Wahlen im Februar 1990 und dem Regierungswechsel im April. Nach dem Schock, den der Ausgang der Wahlen ausgelöst hatte, begannen die ProjektpartnerInnen unzählige Ideen zu entwickeln, wie sie der neuen Situation begegnen könnten. Vor allem bei den staatlichen PartnerInnen herrschte eine grosse Unsicherheit, ob und wie die Projekte angesichts der zu erwartenden Politik der UNO-Regierung weitergeführt werden sollten, ohne die ursprünglichen Ziele und Arbeitsmethoden aufgeben zu müssen. Trotz vielen offenen Fragen und Zweifeln beschlossen wir, die Zusammenarbeit mit allen bisherigen Partnerorganisationen fortzusetzen. Wir wollten erst Erfahrungen sammeln, bevor wir darüber urteilten, ob eine Zusammenarbeit im Rahmen der Ziele, die wir mit den Projektverantwortlichen festgelegt hatten, auch unter den neuen Bedingungen möglich sei.

Mit gemischten Gefühlen reiste ich im Januar 1991 ein fünftes Mal nach Nicaragua. Einerseits beunruhigten mich die Informationen über die schwerwiegenden Auswirkungen der neoliberalen Politik der Regierung Chamorro auf die Lebensbedingungen nicht nur der ärmsten Bevölkerungsschichten. Andererseits wusste ich von unserer Projektkoordinatorin in Managua, dass sich die Projektarbeit trotz vielfältigen Schwierigkeiten gut entwickelte.

Fliegende Händler prägen das Bild

Der Unterschied zu früher war offensichtlich: Der obligatorische Wechsel von 60 US-Dollar ist abgeschafft. Es gibt keine Warteschlangen bei der Passkontrolle, dafür Unmengen von voluminösen Kisten und Schachteln auf dem Gepäckförderband von NicaraguanerInnen, die aus den USA zurückkehren und alles zollfrei einführen dürfen, und auf der Strasse in die Stadt Autos mit Nummernschildern aus Miami. Während im letzten Jahr vor allem noch Kinder und Frauen Zigaretten und Kaugummis auf den Strassen Managuas verkauften, sind es heute beinahe ausschliesslich Männer. Vom Fernsehapparat über Plastikspielzeug zu Handtüchern wird alles feilgeboten. Nicaragua scheint ein Land von Händlern geworden zu sein. An den Strassenecken winken die sogenannten «Coyotes», fliegende Geldwechsler, mit Bündeln von Dollars.

Nicaragua ist innerhalb eines Jahres zum teuersten Land Zentralamerikas geworden. Die Preise sind teilweise höher als in der Schweiz, während der Monatslohn einer Sekretärin in einem Ministerium bei umgerechnet 75 bis 100 US-Dollar liegt. Der neueingeführte Gold-Cordoba, damals im Verhältnis zum Dollar noch paritätisch gewechselt, bleibt eine Phantomwährung. Während der ganzen Reise habe ich keinen einzigen zu Gesicht bekommen. Wer keinen Zugang zu US-Dollars hat, dem dient als Zahlungsmittel nach wie vor der Cordoba

Corriente, den die Leute «Chanchero» oder Schweinchen nennen. Jeden Montag wird er um 7 bis 8 Prozent abgewertet, die Löhne hingegen werden nicht angepasst.

Wer es sich leisten kann, investiert sein verfügbares Geld in Konsumgüter, um sie bei Bedarf wieder zu verkaufen – eine der wenigen Möglichkeiten, um den Schaden der Inflation zu begrenzen. Die akkumulierte Inflation, die bereits unter der sandinistischen Regierung sehr hoch war, erreichte 1990 nicht weniger als 13 500 Prozent.

Alle erheben Anspruch auf Land

«Unsere Hoffnungen auf Frieden haben sich nicht erfüllt», erklärt Juan, ein Kooperativenmitglied aus Waslala. Ohne dies offen einzugestehen, lässt er durchblicken, dass er UNO gewählt hat. «Die Contra ist zwar angeblich entwaffnet, aber nicht alle sind bereit, ein ziviles Leben zu führen.» In Waslala kam es im letzten Oktober zu blutigen Auseinandersetzungen und bewaffneten Landbesetzungen. Die Hilfswerke, unter andern auch das SAH, die in dieser Gemeinde tätig waren, mussten vorübergehend ihre Projektarbeit einstellen.

«Nach intensiver Vorbereitung, gelang es den Hilfswerken, eine Verhandlungsrunde durchzuführen, an der sich Contraführer, Contra-Campesinos, Kooperativen und der Bürgermeister beteiligten. Äusserst gespannt fuhren wir nach Waslala», erinnert sich Carmen Ayon, unsere Projektkoordinatorin. «Wir stellten uns auf alle denkbaren Möglichkeiten ein und versuchten uns vorzustellen, wie wir uns verhalten würden. Doch zu meiner Überraschung begrüsstet sich überzeugte SandinistInnen und solche, die sich im Laufe der Zeit der Contra angeschlossen hatten, wie alte FreundInnen, als ob sie sich damals im besten Einverständnis getrennt hätten. Die Verhandlungen waren hart, vor allem die Basismitglieder der Contra verlangten von den Hilfswerken Soforthilfe, denn nur Vereinzelte waren bislang im Rahmen des Reintegrationsprogramms der Regierung Chamorro unterstützt worden.»

Juan, Mitglied der Kooperative, die vom SAH beim Wiederaufbau der vom Hurrikan zerstörten Kakaopflanzungen unterstützt wird, führt weiter aus: «Wir verstehen die Anliegen der ehemaligen Contras; doch sie

müssen ihre Forderungen an den Staat richten. Trotzdem waren wir bereit, 30 von ihnen ins Projekt einzubeziehen. Es bleiben immer noch 4000 Familien ohne Land und Starthilfe, da können wir nichts tun.»

An unserer Besprechung über den Projektverlauf nahmen neben den Vertretern der Kooperativen auch vier der ehemaligen Contra teil. Im Gegensatz zu den Kooperativisten beteiligten sie sich anfänglich kaum am Gespräch, wirkten auf mich verschlossen, misstrauisch. Gegen Schluss, als ich nach ihren Plänen fragte, begann das Eis zu brechen: «Wir, das heisst, die 50 Familien, die bisher als einzige in Waslala ein Stück Land erhalten haben, beabsichtigen, uns in einem Kooperativverband zusammenzuschliessen. Wenn jeder einzelne zum Bürgermeister geht, um die versprochene Unterstützung zu verlangen, erreichen wir nichts», meinte Joaquin. «Im Moment ist die Lage in Waslala ruhig; doch die Konflikte können jederzeit wieder ausbrechen. Wir haben sogar das Gefühl, dass der Bürgermeister gar nicht daran interessiert ist, die Probleme der anderen Contra-Familien zu lösen, denn so kann er ihre Unzufriedenheit für seine eigenen Interessen ausnützen.»

Die Landreform in Gefahr

Dass der neuen Regierung Kooperativen und staatliche Landwirtschaftsbetriebe ein Dorn im Auge sind, ist offensichtlich. Zwar wurde im Rahmen der «Consertacion» (Verhandlungen über einen Basiskonsens zwischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen AkteurInnen) festgelegt, dass die Besitzverhältnisse derjenigen Ländereien, die Angehörigen der somozistischen Nationalgarde gehört hatten, nicht überprüft werden. Die Eigentumsverhältnisse aller übrigen Landflächen werden jedoch einer Revision unterzogen, sofern dies der frühere Besitzer verlangt. Rund 6000 derartige Forderungen sind eingegangen. Zusätzlich tragen die Landansprüche der ehemaligen Contras, aber auch entlassener Armeeangehöriger zu einer grossen Verunsicherung der ländlichen Bevölkerung bei. Die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC und der Bauernverband UNAG verhandeln zäh, um zu verhindern, dass die sandinistische Landreform vollständig rückgängig gemacht wird.

«Doch dies ist nicht die einzige Methode, um uns das Land wieder wegzunehmen», empört sich Cresciano, Mitglied einer Kooperative von San Ramon. «Kooperativen müssen jetzt Steuern bezahlen. Damit wir nicht einfach eingeschätzt werden, müssen wir die berühmten fünf Buchhaltungsbücher einreichen. Sie sind derart kompliziert, und ich habe den Eindruck, dass jede Woche neue, noch schwierigere Bedingungen erfüllt werden müssen. Ohne Unterstützung der ProjektmitarbeiterInnen wären wir nicht in der Lage, sie korrekt einzureichen.» Dass die Anforderungen an die Buchhaltung sehr hoch sind, bestätigen auch die VertreterInnen der UNAG. «Die wenigsten Kooperativen führten bisher eine Buchhaltung, viele verfügen über keinen offiziellen Landtitel, in einigen Fällen kennen sie nicht einmal die wirkliche Fläche», schildert der Ausbildungsverantwortliche der UNAG die Schwierigkeiten. «Nachträglich müssen wir uns eingestehen, dass wir allzu sicher waren, dass die sandinistische Regierung immer an der Macht bleiben würde, und wir diese Punkte vollkommen vernachlässigt haben. Die Aufhebung des gesetzlichen Verbots, bei Verschuldung Land an Zahlung zu geben sowie die neue Kreditpolitik tragen weiter zum Ausbluten vieler Kooperativen bei.»

Cresciano meint dazu: «Wir wollen die aufgenommenen Kredite so schnell wie möglich zurückbezahlen und nachher nichts mehr mit der Bank zu tun haben. Die Zinsen sind derart hoch, dass wir uns Kredite nicht mehr leisten können. Falls wir überhaupt noch kreditwürdig wären, würden wir sicher den Kredit nicht rechtzeitig erhalten. Unter keinen Umständen wollen wir das Risiko eingehen, unser Land zu verlieren. Von dieser neuen Regierung können wir keine Unterstützung erwarten. Wir können jedoch nur auf Kredite der Entwicklungsbank verzichten, weil wir durch das Projekt <Diversificacion Agricola> unterstützt werden», fügt er selbstkritisch bei.

«Diversificacion Agricola» unterstützt drei Kooperativen der Umgebung von San Ramon bei der Umstellung auf ausgewogene, ökologisch angepasste Anbaumethoden, berät sie bei der Erneuerung der überalterten Kaffeepflanzungen und der Diversifizierung ihrer Produkte. Neben Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich bilden Ausbil-

dung und Beratung in der Betriebsführung den Schwerpunkt des Projekts. Beachtliche Produktionssteigerungen bei Mais und Bohnen, aber auch der konsequente Einbezug der Kooperativen bei allen Entscheidungen haben die Bauern und Bäuerinnen motiviert, Neues zu versuchen. Doch trotz Erfolgen bleibt die Situation der Kooperativen schwierig. Keine verfügt über genügend Land, um alle Mitglieder vollumfänglich beschäftigen zu können. Die Frauen, die Mitglieder der Kooperativen waren, werden zunehmend an den Rand gedrängt und können nur noch während der Kaffee-Ernte mit Beschäftigung rechnen. Das Einkommen pro arbeitsfähiges Mitglied liegt zwischen 220 und 350 US-Dollar jährlich, ein Betrag, der trotz weitgehender Eigenversorgung bei weitem nicht ausreicht, um das Existenzminimum der grossen Familien abzudecken. «Wir müssen dringend neue Beschäftigungsmöglichkeiten finden, die wenig Land benötigen, arbeitsintensiv sind und ein gutes Einkommen gewährleisten», erklären mir Mitglieder der Kooperativen.

Angesprochen auf die Verdrängung der Frauen, weichen sie aus. Nur Cresciano meint beim anschliessenden Mittagessen, dass er die Frauen unterstützen möchte. «Uns bleibt noch viel Arbeit, auch an uns selbst, vor allem an uns selbst», scherzen die männlichen Projektmitarbeiter, «wenn wir wirklich die Frauen einbeziehen wollen.»

Frauen besonders betroffen von der neuen Politik

In der privaten Kaffeeplantage von El Poterillo bei Jinotega, wo geplant war, mit Unterstützung des SAH eine Kindertagesstätte (SIR) einzurichten, ist in den letzten sechs Monaten allen Frauen das feste Anstellungsverhältnis gekündigt worden. «Die Betriebsleitung fand, dass die Kindertagesstätte zu hohe, in ihren Augen sinnlose Kosten verursacht», kommentiert Esmeralda, Verantwortliche der ATC für den Bereich Kaffee. «Der SIR wurde geschlossen, und arbeitslose Männer wurden eingestellt, von denen es mehr als genug gibt. <Wenn keine Frauen mehr arbeiten, ist auch kein SIR nötig>, war die Begründung der Betriebsleitung auf den Protest der Frauen. Nicht nur in El Poterillo machten die Frauen diese Erfahrung. Nur

noch 35 von 90 Kindertagesstätten in der Region Matagalpa sind in Betrieb. Dies deutet darauf hin, dass die Arbeitskraft vieler Frauen nur noch während der Erntezeit gefragt ist.»

Die drastischen Sparmassnahmen der neuen Regierung im öffentlichen Sektor und die katastrophale wirtschaftliche Situation haben die Beschäftigungslage, die bereits unter der sandinistischen Regierung kritisch war, weiterhin verschärft. Frauen werden als erste entlassen. Gemäss Violeta Chamorros Äusserungen während des Wahlkampfes sollen sie sich wieder ihren wirklichen Aufgaben als Hausfrauen und Mütter widmen dürfen – für die vielen alleinstehenden Mütter Nicaraguas eine Verhöhnung. Doch zahlreiche Frauen sind nicht bereit, die Rechte, die sie in den letzten zehn Jahren errungen haben, kampfflos aufzugeben.

Die Frauensekretariate der Gewerkschaften und Frauenorganisationen kämpfen dafür, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu erhalten, und wehren sich gegen die Schliessung von Kindergärten und Gesundheitsposten. Gleichzeitig bemühen sie sich, für die arbeitslosen Frauen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. «Doch leider kämpfen wir nicht nur gegen die ArbeitgeberInnen. Oft verstehen auch unsere Gewerkschaftskollegen, die wieder vermehrt in traditionellen Mustern zu denken beginnen, unsere Anliegen nicht», sagt Esmeralda. «Wir sind zwar müde vom Kampf gegen alle Seiten, doch so schnell geben wir nicht auf!»

Die Situation im Gesundheitswesen ist katastrophal

Im Januar und Februar befand sich das medizinische Personal im Streik. Die ÄrztInnen und Krankenschwestern forderten nicht nur bessere Löhne, sondern protestierten auch gegen die katastrophale Versorgungslage. In öffentlichen Spitälern wird nur operiert, wer das Blutplasma und die notwendigen Medikamente selbst mitbringt. «Viele Gesundheitsposten sind inzwischen geschlossen oder verfügen über keine Medikamente mehr», erklärt Esmeralda. «Eine Konsultation bei einem privaten Arzt und Medikamente verschlingen schnell einmal ein Monatssalär. Wir haben die Wahl: Entweder

wir kaufen Reis und Bohnen und sterben an der Krankheit oder wir entscheiden uns für Medikamente und sterben vor Hunger. Das Recht auf freie Gesundheitsversorgung, das für die sandinistische Regierung hohe Priorität hatte, bleibt zwar in der Verfassung verankert, ist jedoch zu einer hohlen Floskel verkommen. Die Frauen und Kinder sind von dieser Verschlechterung ganz besonders betroffen. Ersichtlich sind die Auswirkungen bereits an der Zunahme der Kindersterblichkeit. Das Frauensekretariat der ATC hat deshalb mobile Kliniken eingerichtet, um Frauen und Kindern den Zugang zu einer minimalen gesundheitlichen Betreuung zu gewährleisten», führt Esmeralda weiter aus.

Für mich ist diese Initiative nicht unproblematisch. Der Staat kürzt den Gesundheitsetat, und private Organisationen versuchen, mit ausländischer Unterstützung in die Lücke zu springen. Auch die ATC ist sich der Problematik bewusst. «Wir müssen die Forderung nach einer Gesundheitsversorgung, die für alle zugänglich ist, aufrecht erhalten und Verbesserung von seiten des Staates fordern», meint Esmeralda, «sonst verkommen wir zur Reparaturkolonne.»

«Vom Staat verlangen, was uns zusteht»

In Miraflor, wo die Kooperativen seit 1983 immer wieder Zielscheibe von Contra-Überfällen gewesen waren, trafen wir die Bevölkerung in aufgeräumter Stimmung an. Die beklemmende, bedrohliche Stille, die in diesen Siedlungen in früheren Jahren geherrscht hatte, das Gefühl, an einem verlassenen Ort zu sein, hat dem alltäglichen Leben Platz gemacht: Frauen und Kinder, die Bohnen verlesen, neu angelegte Gemüsegärten und Zierpflanzen um die Häuser sind Zeichen der zurückgekehrten Normalität.

Das SAH arbeitet seit 1983 mit diesen Kooperativen zusammen, die sich Anfang 1990 zur einem Kooperativverband (UCA) vereinigt haben. Schwerpunkt ist der Anbau von Kartoffel-Saatgut. Projektpartner war seit Beginn der Unterstützung das regionale Landwirtschaftsministerium. Das Projekt verfügt über zwei Komponenten. Ein Teil der Unterstützung ist für das Ministerium (Aufbau eines Labors für Saatgutentwicklung und Pflanzenkrankheiten sowie Ausbildung) bestimmt, der andere direkt für die

Kooperativen von Miraflor. Im Beisein von VertreterInnen des Ministeriums begannen wir über den Projektverlauf zu sprechen. Die Stimmung war gespannt. Die Mitglieder der Kooperativen beschwerten sich über einen Agronomen, der ihnen mehrmals drohte, die Beratung einzustellen und ihnen kein Saatgut mehr zur Verfügung zu stellen, sowie über willkürliche Behandlung durch das Ministerium.

Während in früheren Jahren die Zusammenarbeitsverträge mit dem SAH jeweils vom Ministerium und den Kooperativen gemeinsam unterzeichnet wurden, war dies ab Mitte 1990 nicht mehr möglich. Erst nach zähen Verhandlungen konnten wir vertraglich festhalten, dass die Unterstützung, die für SaatgutproduzentInnen vorgesehen war, auch tatsächlich den Kooperativen von Miraflor zugute kommen. «Das Ministerium wollte mit diesem Geld mittelständische ProduzentInnen unterstützen, die über keinerlei Erfahrung verfügen», erbittert sich Pedro, ein Kooperativenmitglied. «Wir möchten deshalb für die nächste Phase einen direkten Vertrag ohne Einbezug des Ministeriums mit dem SAH abschließen», fordert er weiter. Eine lange Diskussion beginnt. Wir sind der Ansicht, dass die Kooperativen ohne Beratung, Weiterbildungskurse, Dienstleistungen des Labors und Zuteilung von Kartoffelsaatgut nicht in der Lage sind, qualitativ hochstehendes Saatgut zu produzieren. Zudem glauben wir, dass alle Interessierten, unabhängig davon, ob sie individuelle Bauern oder Kooperativen sind, Zugang zu den Dienstleistungen des Ministeriums haben sollten. Separate Verträge würden voraussichtlich den latenten Konflikt nur wieder aktivieren, und das SAH hätte kaum mehr Einflussmöglichkeiten.

Zwei Wochen später fahren wir noch einmal nach Miraflor. «Wir haben eure Argumente ausführlich besprochen», erzählt Pedro. «Ich glaube, ihr habt recht. Weshalb sollen wir alle die Einrichtungen, die ihr unterstützt habt, nicht auch beanspruchen und das Feld den finanzkräftigeren Bauern überlassen? Zudem bestehen von seiten des Ministeriums viele Möglichkeiten, uns Sand ins Getriebe zu streuen. Sie könnten uns das Saatgut nicht rechtzeitig verkaufen, uns nicht die gewünschte Menge zuteilen, den

unangenehmsten Agronomen als Berater zuteilen, oder sagen, die Qualität sei schlecht. Es ist deshalb sehr wichtig, auf das SAH zählen zu können, wenn sie uns auszuboten versuchen.»

Glücklicherweise verfügt die UCA von Miraflor über zwei erfahrene Leiter, die zudem Experten in Kartoffel-Saatgutproduktion sind. Auch einige MitarbeiterInnen des Ministeriums unterstützen nach wie vor das Ziel, die Entwicklungszusammenarbeit vor allem denjenigen zugute kommen zu lassen, die am meisten benachteiligt sind. Doch es wird von der UCA und unsererseits noch einiges Verhandlungsgeschick notwendig sein, damit wir die ursprünglichen Projektziele auch weiterhin realisieren können.

Anlass zu ein wenig Hoffnung

In Anbetracht der katastrophalen wirtschaftlichen Situation, der gravierenden Verschlechterung im Gesundheits- und Bildungswesen sowie der schwelenden Landkonflikte sind die Perspektiven für die ärmeren Schichten der nicaraguanischen Bevölkerung düster. Es ist deprimierend zu sehen, wie die Lebensqualität innerhalb eines einzigen Jahres um Jahrzehnte zurückgefallen ist.

Im Gegensatz zur Einschätzung der generellen Lage Nicaraguas steht es gut um die Entwicklung der vom SAH unterstützten Projekte. Noch in keinem Jahr waren die Beteiligten mit so viel Motivation, Eigeninitiative und Engagement an der Arbeit. Sie lassen sich nicht entmutigen. Sie haben im Gegenteil die Verantwortung für die Lösung ihrer Probleme selbst übernommen. «Bisher hat uns der Staat unterstützt, jetzt können wir nichts mehr von ihm erwarten, und es hängt von uns ab, wie unsere Zukunft aussieht», erklärte ein Bauer. Die Bevölkerung ist nun viel eher bereit, sich auf Alternativen einzulassen, Neues zu versuchen.

Sicherlich wird diese sehr positive Entwicklung überschattet von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die von den Organisationen immer wieder die Anpassung ihrer Aktivitäten verlangen. Doch eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit des SAH mit nicaraguanischen Organisationen besteht heute deutlicher als je zuvor: Eigeninitiative...